

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Werbungpreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Dringelien, bei Selbstabholung 20 Pfennig. Einmalig 10 Pfennig, wöchentlich 2 Pfennig, monatlich 6 Pfennig, vierteljährlich 15 Pfennig, halbjährlich 30 Pfennig, jährlich 60 Pfennig. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. O. Verantwortl. für Inhalt: a. Vizepräsident Arthur Wolfenbützel, für den übrigen Teil Edward Matthews, für Wernigerode a. Vizepräsident Karl Zeiff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Kleinanzeigen für den halbjährlichen oder vierteljährlichen Zeitraum an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gutschrift nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4566 und Volkshausbibliothek (Steigerweg) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 75.

Mittwoch, 28. März 1928.

3. Jahrgang.

Josef Wirth als demokratischer Kandidat.

Die Demokraten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wollen ihm zu einem Reichstagsmandat verhelfen.

Josef Wirth soll von den Demokraten als Reichstagskandidat aufgestellt werden. Nachdem ihn das demokratische Parteigebiet in Westfalen nicht wieder aufgestellt hat, ist innerhalb der demokratischen Parteigebiete in Westfalen die Kandidatur von Josef Wirth erwärdet worden. Wirth ist die demokratische Liste der beiden Wahlkreise zu ziehen. Der demokratische Parteitag in Westfalen hat am 27. März 1928 in Westfalen die Kandidatur von Josef Wirth beschlossen. Er ist nicht nur ein Kandidat, sondern ein Kandidat der demokratischen Partei. Er ist ein Kandidat der demokratischen Partei. Er ist ein Kandidat der demokratischen Partei. Er ist ein Kandidat der demokratischen Partei.

für ihn noch im Zentrum bieten. Wahrscheinlich kandidiert er an ausführender Stelle auf der Reichsliste oder erster Stelle für das Zentrum in Berlin.

Wahl am 20. Mai.

Amlich festgesetzter Wahltermin.

Berlin, 27. März. (Gg. Junim.) Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Kommunalwahlen am 20. Mai festgesetzt wird. Die Landesregierungen werden ersucht, die Gemeindegremien anzuweisen, mit der Anlegung der Wahllisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzulegen. Am Sonnabend wird im Reichstage die Aufstellungsurkunde verlesen werden.

Wahlen im Saargebiet.

Saarbrücken, 28. März. (Gg. Drabst.) Die am Sonntag festgesetzten Wahlen zum Saargebiet werden in Folge der inzwischen zu verzeichnenden Deflation naturgemäß begleitet von einem Ansturm der Kandidaten rechts und links. Neben wird aber das Wahlergebnis charakterisiert durch eine starke Wahlmündigkeit und durch eine unerhörte Wahlmündigkeit zum Ausdruck kommen. Zugleich ergibt es sich wenig wie bei Kommunalwahlen ein Mandat mehr. Erfolge haben lediglich die Deutschnationalen und die Christlichsozialen zu verzeichnen. Die beiden Parteien, die man als die eigentlichen Träger des deutschen Gedankens an der Saar ansprechen muß, die Sozialdemokratie und die Deutsch-Sozialistische Volkspartei, bezogen ihre auf die großen Saargebietspunkte eingestrichelte Wahlmündigkeit zu einem Mandat.

Das Abrüstungs-Fiasko.

Die fünfte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf hat mit einem glatten Fiasko geendet. Das russische Projekt einer vollständigen und zeitlichen Befristung der militärischen Rüstungen ist abgelehnt worden. Der dann eingebrachte Antrag, der eine Erreichung des Zieles in einzelnen Etappen anstrebt, wurde nicht mehr zur Diskussion gestellt. Die zweite Lesung des im vorigen Jahre angenommenen eigenen Entwurfs der Kommission wurde nicht vorgenommen. Das Ergebnis ist also gleich Null. Erreicht wurde nichts — oder weniger als nichts, da keine Aussicht auf eine baldige Wiederannahme der Arbeiten besteht. Eine Entschleunigung ist gefordert worden, in der es dem Kommissionspräsidenten überlassen wird, das Datum der nächsten Tagung für die zweite Lesung des eigenen Konventionstextes zu nennen. Die Umstände zeigen, wobei der Wunsch geäußert wird, daß dieses Datum wenn möglich vor der nächsten Tagung des im vorigen Jahre angenommenen Entwurfs der Kommission, als ob man noch niemals von der internationalen Abrüstung so weit entfernt gewesen wäre als in diesem Augenblick.

Diese übermalige Vertagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission bedeutet nicht nur für den Abrüstungs-, sondern sogar für den Völkerverständigungsdenken überhaupt einen ersten Schlag. Die militärische Rüstung ist die bolschewistische Gegner des Völkerverständigungsdenken. Die Sozialdemokraten sind aus dieser Gefahr befreit, aber wir werden uns durch diese Ablösung schon deshalb nicht ermutigen lassen, weil wir keine Ursachen klar erkennen.

Die Wahrheit ist, daß nicht der Völkerverbund als solcher schuld an dieser neuen Vertagung ist, sondern die Regierungen der maßgebenden Länder, die im Völkerverbund eine führende Rolle spielen, tragen dafür die Verantwortung. Die Wahrheit ist, daß, wie die gesamte auswärtige Politik seit Monaten steht, es unmöglich war, im gegenwärtigen Zeitpunkt einen nennenswerten Fortschritt in dem schwierigsten aller außenpolitischen Probleme, in der Abrüstungsfrage, zu erzielen. Die Außenpolitik steht, weil in den Entscheidungen entweder beiderseitig oder in absehbarer Zeit zu erwarten ist. In Frankreich wird in vier, in Deutschland wird in acht Wochen das Parlament neu gewählt. In England verläuft zwar die konservative Regierung die Wahlen hinauszuverschieben, weil sie weiß, daß das jetzige Unterhaus nicht mehr den Wünschen der Wählerpolitik entspricht, aber lange wird sie nicht mehr gegen den Willen der Mehrheit des Volkes regieren können. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird die Vorbereitung für die Präsidentenwahl im kommenden Herbst ebenfalls schon im vollen Gange. Von diesen großen internationalen Entscheidungen hängt auch die Außenpolitik dieser Länder und damit auch der ganzen Welt wesentlich ab. Deshalb muß man sich noch nicht festlegen, weder in der Frage der Rheinänderung noch in der Frage der Abrüstung.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob es ratsam ist, daß gerade der deutsche Vertreter in der Abrüstungskommission darauf bestand, daß die zweite Lesung des Abrüstungstextes nicht noch je, also noch vor den Wahlen vorgenommen wurde. Es war vielleicht überhaupt ein Mangel an Voraussicht, daß auf Britanien gerade der deutsche Vertreter die zweite Lesung unbedingt schon im März vorzunehmen. Umso größer ist natürlich die Enttäuschung darüber, daß dieses feste Versprechen vom Dezember durch das Votum der Mehrheit nicht eingehalten worden ist. Aus dieser Enttäuschung werden nun die Gegner der Völkerverständigung Kapital zu schlagen versuchen. Man wird ihnen aber immer wieder entgegenhalten müssen, ob sie in der gegenwärtigen Zeit ein wirksameres Mittel finden, die Abrüstung zu verhindern als es der jetzige Völkerverbund mit allen seinen Mängeln ist.

Deutschland befindet sich nun in der nicht sehr angenehmen Lage, daß es überflüssig ist. Das wäre an sich nicht schlimm. Bedenklich ist aber, daß es überflüssig wird mit Hilfe von kleinen und neutralen Staaten, die an sich durchaus mit dem deutschen Volke sympathisieren und die deutsche Forderung einer beschleunigten Abrüstung unterstützen, die aber den Zeitpunkt für die Einberufung der Abrüstungskonferenz für verfrüht halten. Diese Völkerverstärker sagen sich: Viel schlimmer als eine neue Situationsänderung wäre die Einberufung einer Konferenz, die infolge der noch laufenden großen Gegenstände zum Scheitern verurteilt wäre. Die Wahrscheinlichkeit ist, daß sich nach der Abrüstung, die im Juni es auf mehrere sechs Monate oder sogar auf ein weiteres Jahr vertagt wird, nicht nur ein Mann, der endlich zusammengetriebene Konferenz auflöst, dann wäre das für die Abrüstungsdenken und sogar für den Völkerverbund eine Katastrophe, deren tatsächliche Folge neuer Rüstungswahn und neues Weltgergesse wäre.

Man mag diesem vorsichtigen Standpunkt zustimmen oder nicht, letzten Endes bleibt die Tatsache bestehen, daß sich Deutschland in eine eigenartige Situation selbst hineinmanövriert hat. Es hat sich diesmal nicht als Mittler zwischen Ost und West betätigt, sondern es hat den russischen Plan einer fortwährenden Gesamtarmierung de jure auf mehrere sechs Monate oder sogar auf ein weiteres Jahr vertagt wird, nicht nur ein Mann, der endlich zusammengetriebene Konferenz auflöst, dann wäre das für die Abrüstungsdenken und sogar für den Völkerverbund eine Katastrophe, deren tatsächliche Folge neuer Rüstungswahn und neues Weltgergesse wäre.

Man mag diesem vorsichtigen Standpunkt zustimmen oder nicht, letzten Endes bleibt die Tatsache bestehen, daß sich Deutschland in eine eigenartige Situation selbst hineinmanövriert hat. Es hat sich diesmal nicht als Mittler zwischen Ost und West betätigt, sondern es hat den russischen Plan einer fortwährenden Gesamtarmierung de jure auf mehrere sechs Monate oder sogar auf ein weiteres Jahr vertagt wird, nicht nur ein Mann, der endlich zusammengetriebene Konferenz auflöst, dann wäre das für die Abrüstungsdenken und sogar für den Völkerverbund eine Katastrophe, deren tatsächliche Folge neuer Rüstungswahn und neues Weltgergesse wäre.

Am 28. März 1928. Die Demokraten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wollen ihm zu einem Reichstagsmandat verhelfen.

Das Angebot.

Berlin, 27. März. (Gg. Junim.) Inzwischen hat Wirth von der demokratischen Parteigebiet in Westfalen ein Schreiben erhalten, in dem ihm der Vorschlag gemacht wird für die demokratische Partei zu kandidieren. Wirth selbst hat sich dazu noch nicht geäußert.

Dem Zentrum kommt dieser Schatzung der Demokraten sehr unangenehm. Am Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet liegen die Wahlen der Zentrumskandidaten, die als Reichstagskandidaten frei zu Wirth ziehen, und bei denen die Befreiung seiner Kandidatur in Baden wie eine Bombe eingeschlagen hat. Deshalb verhält das Zentrum jetzt schon selber, aber einen Ausweg zu finden. Heute morgen geht die „Germania“ der Stellung aus, daß Wirth das demokratische Angebot zu dem Akten legt.

Vorläufig dürfte er das nach ungenutzten Informationen nicht tun. Er wird zunächst vielmehr abwarten, welche Zusagen sich

Brikettpreise und Bergarbeiterlöhne.

Das Ergebnis der Schmalbach-Untersuchungskommission.

Schon seit Monaten liegt dem Reichswirtschaftsministerium das Gutachten der Schmalbach-Kommission vor, in dem die Preisverhältnisse in der Braunkohlenindustrie und in Braunkohle untersucht worden sind.

Die Vorgesicherte der Schmalbach-Untersuchung ist noch in fester Erinnerung. Am Herbst vorigen Jahres sind durch die Syndikate wiederholt Anträge auf Erhöhung des Brikettpreises gestellt worden, die jedoch durch das Datum des Reichswirtschaftsministeriums immer wieder der Ablehnung anheimfielen. Die Braunkohlewerte verhielten dann,

im Lohnkampf die Preisverhöhung zu erzwingen.

Sie machten die Aufbesserung der Lohnsätze der Braunkohlearbeiter, die sie selbst als unbedingt notwendig anerkannten, von der Erhöhung des Brikettpreises abhängig. In einem wohl einzigen Propagandaheft wurden die Lohnforderungen ohne Preisverhöhung für den Braunkohlebergbau untragbar seien und

einfielen damit den großen mitteldeutschen Streit

der schließlich mit der 11prozentigen Erhöhung der Schichtlöhne seinen Abschluß fand.

Die Ergebnisse des Gutachtens lauten auf eine

vollkommene Widerlegung der Angaben der Syndikate

sowie auf eine vernichtende Kritik ihrer Syndikats- und Abgaborganisation hinaus. In ausgedehnten klaren Ausführungen wird zunächst nachgewiesen, daß durch die veranschaulichte Abgaborganisation des Brikettwerkes im Großhandel unmittelbar verteuerte Preissteigerungen eingeleitet werden. Das Gutachten zeigt allein die Preissteigerungen durch rationalen Aufbau im Großhandel auf 34-36 Prozent pro Tonne. Das sind fast allein zwei Drittel der durch die Lohnforderungen eingeleiteten Preisverhöhung. Erhebliche Preissteigerungen sind auch für den Absatz des Kleinhandels aufgeführt, dessen Verkaufszufuhre in vielen Großstädten den überhöhen. Bei diesem Zeit der Untersuchung wird insbesondere auf die bedeutenden Preisunterstützungen bei Preisverhöhung durch genossenschaftliche und häußliche Wirtschaftsbetriebe gegenüber dem tarifverordneten Preisverband hingewiesen. Es wird fernerhin nachgewiesen, daß die Braunkohleindustrie ihre organisierten und gemeinnützigen Leistungen in ihrem bisherigen Aufbau nicht zu erfüllen imstande sind. Die sole

Organisationsform der Braunkohleindustrie, die völlig unter dem Einfluß der Großhandelskonzern liegen, macht jede planmäßige Produktions- und Absatzregelung zum optimalen Geschäftspunkt unmöglich. Die Kommission ist der Vermutung aus, daß ein streifendes Syndikat durch Produktionskonzentration auf die besten Betriebe, Ausschaltung der nicht voll leistungsfähigen Gruppen, ferner durch einheitliche Verkaufs- und Vertriebspositionen unter Aufgabe des verfallenden Absatzes nach dem besterhaltenen Gebiet weitere Erparnisse herbeiführen kann.

Die Organisationsformen.

In denen die Industrie sich bemüht, die Handelspreise zu rechtfertigen, können die schweren Angriffe gegen die jeder nationalen Wirtschaft widerprechende Organisation der Syndikate und die Mängel der Abgaborganisation nicht entziffern.

Die Glaubhaftigkeit der Angaben der Syndikate bei ihrer Preis- und Lohnpolitik ist durch die Ergebnisse dieses Gutachtens gekennzeichnet und es ist zu hoffen, daß der Reichswirtschaftsminister die Ergebnisse der Untersuchung bei seiner Stellungnahme zur Preisfestlegung, der Arbeitsminister bei seiner Lohnpolitik berücksichtigen wird.

Wie es heißt, ist dem Reichsminister in den letzten Tagen ein ausführlicher Bericht des Reichsministers und des Reichswirtschaftsministers über Preisverhöhung

auf Preisverhöhung

zugegangen. Im diesem Antrag ist besonders die Begründung interessant. Sie stützt sich auf dem Schmalbach-Gutachten bestritten zu sein; denn die Forderung nach höheren Preisen wird dieses Mal — man höre und höre —

nicht durch höhere Löhne begründet.

Man wird aber noch erlaunten sich, wenn man Rückers aus der Begründung der Syndikatsangaben hört. Sie verweisen nämlich darauf, daß die Nachfrage nach Brikett in der hinter uns liegenden Zeit so groß war, daß die Produktion der Nachfrage nicht mehr genügen konnte. Um hier eine Entlastung zu schaffen fordert man höhere Preise. Man will also die Nachfrage und damit

die Wirtschaftsbetriebe durch höhere Preise droheln. Das steht wirklich nicht nach Maßgabe aus. Jedenfalls ist das Schmalbach-Gutachten ein nützliches Dokument nicht nur für die Interessen der Bergarbeiter sondern auch der konsumierenden Bevölkerung.

Qualitätsvorteil-Preisen
G. m. b. H.
10
10
10
9
marke
ag 570

Endkampf des Bürgerblocks.

Alle sozialdemokratischen Anträge im Reichstage niedergestimmt.

Am Montag beschloß sich der Reichstag mit der Schlußberatung des Haushalts für das Reichsministerium des Innern. Nach einem scharf zugespitzten Redebeitrag von Solmann-Kubelitz, in welchem der sozialdemokratische Redner die Futterschneiderei des Bürgerblocks festlegte, behandelte Dr. Moser die Ausschreitungen, die sich in gewissen niederrheinischen Kreisen in den

Experimenten mit Kindern gezeigt haben. Der Bergarbeiterführer Janisch sprach energisch gegen die zednische Nothilfe,

deren Ueberflüssigkeit er nachwies. Das Jahr trat dann in die Beratung des Ergänzungshaushalts für 1928 ein. Die Sozialdemokratie ließ durch ihren auf allen Seiten als Sachkenner anerkannten Abg. Dr. David eine programmatische Rede zu den

Landwirtschaftsfragen

halten. Soweit das Notprogramm, so führte David aus, die planmäßige Befolgung des Marktes will, ist es nichts anderes als eine

Anteile bei der sozialistischen Gedankenwelt.

David geriefte das Märchen, als ob die Sozialdemokratie den Kleinbauern entgegen. Am Gestalt habe der Sozialdemokrat nicht nur die Förderung und Erhaltung des bäuerlichen Bestandes, sondern sogar

die Neuerschließung von Bauernstellen durch Siedlungen gefördert. Drei Viertel der Bauern beschäftigen überhaupt keine fremden Arbeitskräfte und seien nichts anderes als Proletarier der Agrarwirtschaft. Ein Lebenswagnisausweis werde von der Sozialdemokratie gefordert, damit der Kleinrentner des Notprogramms nicht wider den Großrentner zugutekomme. Der Antrag habe also Zweck des Kleinrentners.

Dann trat eine große Reihe von Bürgerblöcken vor. Gegenüber den Kleinrentnern und Verlegenheitsrentnern auf, weil das gefordert und von den Regierungsparteien

verprochen Kleinrentnergesetz nicht eingebracht worden ist. Es werden im Notprogramm nur 25 Millionen Mark als Almosen an die Kleinrentner veranschlagt. Frau Wende von den Deutschen Volkspartei stimmte ein Vied des Bauern aus, daß die Wünsche der Kleinrentner nicht befriedigt werden könnten. Die bekannte Schwärmerin für die Todesstrafe, die deutsch-nationale

Abg. Frau Müller-Friedrich, lud die Zerstörung noch zu überfließen. Nur mit dem bekannten Schwärmer Spengler brachte man das große Opfer, auf das Kleinrentnergesetz zu verzichten. In jenen Worten hielt die Demokratin Ebers den Regierungs-

partei ihre lächerlichen Versprechungen vor. Auch die Kommunistin Krenschke legte den Regierungsparteien, sie hätten nur schöne Worte, aber im Parlament reiche es nicht zu Lasten. Die Bestimmungen über den Ergänzungsetz 1928 werden vorläufig zurückgestellt.

Es gab dann noch stundenlange Abstimmungen über die Anträge und die Entschlüsse zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern. Alle sozialdemokratischen und kommunikativen Anträge auf Erhöhung der Kuratorkosten wurden abgelehnt. Angenommen wurden die Kuratorkosten, die allerdings unter dem Druck der Sozialdemokratie schon eine gewisse Erhöhung erfahren haben. Die Sozialdemokratische Partei wird bei der dritten Lesung neue Ergänzungsanträge stellen, u. a. auch ihren Antrag auf

Mittel für die notleidenden Junglehrer wiederholen. Bei den zahlreichen Abstimmungen gab es bemerkenswerte Augenblicke bei den Entschlüssen, die auf den Einheitsstaat hinwirkten. Angenommen wurde eine Entschlüsselung, die von der Regierung eine Gelegenheit fordert, der für alle Deutschen anstelle der Staatsangehörigkeit eine

deutsche Reichsangehörigkeit zu erteilen. Dagegen stimmten die Bayerische Volkspartei die Deutschen nationalen und der größte Teil des Zentrums. Ein Antrag auf

Vorteile einer Reichsleiterordnung und einer Reichslandgemeinderordnung wurde mit 172 gegen 132 Stimmen angenommen. Wieder stimmten das Zentrum und die Bayerische Volkspartei dagegen. Sogar gegen einen Antrag, der die baldige Beilegung der Entlasten verlangt, stimmte das Zentrum. Immerhin zeigte sich, daß im Reichstage eine ziemlich Mehrheit für eine Vereinheitlichung des Reiches vorhanden ist. Zahlreiche Entschlüsse betreffen Jugendpflege, Beamtenfragen, Erziehungsfragen und die vielen anderen Gebiete, die im Reichsministerium des Innern zuständig sind. Auch eine sozialdemokratische Entschlüsselung die eine

Nachprüfung des Impfgesetzes fordert, wurde wenigstens zum Teil angenommen. Der Teil der Entschlüsselung, der auch die Frage einer Einführung der Gemeindefinanzverwaltung, wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Bei dem Ergänzungsetz für 1927 verließ ein sozialdemokratischer Antrag, der für das erste

Sängerfest des Deutschen Arbeiterjugendbundes 50 000 Mark fordert, weil 100 000 Mark für das große deutsche Sängerfest in Wien bemittelt wurden, der Ablehnung. Der Antrag wird in dritter Lesung wiederholt werden.

Preußischer Landtag.

In seiner Monatsagung legte der Landtag auf Vorschlag des stellvertretenden des ursprünglich vorgelegene dritte Lesung des Gesamthaushautes seinen Beschlußfassung der Reichstag der preussische Ministerpräsidenten Otto Braun von der Tagesordnung ab. Für Otto Braun wird der preussische Innenminister Grafenstätt in einer längeren Rede am Dienstag den Etat einbringen. Davor wird sich dann die große politische Aussprache, wohl die letzte vor den Wahlen, befinden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verhandelt die Deutschnationalen wiederum, bei der ersten Lesung des Gesamtentwurfes über die Erhöhung der Beteiligung des Staates um 130 Millionen an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste

eine agrarpolitische Debatte zu einleiten. Ihr Sprecher, der Abg. Hilger-Spiegelberg, übte heftige Kritik an der Entschlüsselung des bisherigen Präsidenten Dr. Semper, die er als politische Maßregelung bezeichnet. Es gelang jedoch, den Berichter des Großgrundbesitzes nicht, die Regierungsparteien herauszulösen. Lediglich der Finanzminister antwortete und stellte in seiner Rede fest, daß bei der Kreditgebung durch die Preussische unter der Aufsicht des Herrn Semper es selbst für die Regierung unmöglich sei, festzustellen, wie letzten Endes die Kredite bekommen habe. Da Grund zu der Annahme vorliege, daß auch der Großgrundbesitz bedacht worden sei, habe die Regierung allerdings die Verpflichtung gefühlt, durch eine Kreditierung in dem steigenden Maße auf dafür zu sorgen,

daß der künftige Reich zu seinem Recht kommt. Der Entwurf werde schließlich dem Hauptausschuß übergeben.

Nächste Sitzung Dienstag. Auf der Tagesordnung stehen: Kleinere Vorlagen, dritte Lesung des Gesamthaushautes.

Unsere Justiz.

Audenzhofs Bundesgenosse, Oberstaatsanwalt Ahemmann, der genau wie sein Herr und Meister den Kampf gegen Juden und Freimaurer führt, steht in allen Kabinettsformen gebauten Kreierdenmalen Wahrscheinlich freimaurerisch-jüdischer Weltanschauung. Er hat in Greinberg in Rommen seinen vollen Anhang gekostet, daß sich offensichtlich jemand finden, der eine Dynamitpatrone darmiter lege. Daraufhin wurde Anklage wegen Aufzodnung zu Straftaten vor dem Schöffengericht Köslin erhoben. Aber Staatsanwaltschaft und Richter waren sich einig darüber, daß die Aufforderung, Dynamitpatronen unter Kreierdenmalen zu legen, eine Aufzodnung zu Gewalttätigkeiten sei.

Der Junker von Rähne.

Leipzig, 26. März. (Eig. Draht). Der zweite Strafrazen des Reichsgerichts beschäftigte sich am Montag mit der Revision des bestimmten rechtskräftigen Urteils vom 1. Rähne jun. in Person, der wegen seiner Räuereien in der dortigen Gegend sehr gefährdet ist. Bei diesem rohen Baron sind alle Menschen vogelfrei. Am 27. Januar 1927 unternahm Berliner Arbeiter einen Auszug in den Räuereien fort. Wie ein wahnwitziger Ich sah Rähne mit einem Stiefel auf die Spornen ein und verlegte einen erschreckt am Kopf. Auf die erfolgte Anklage fanden sich Richter, die den Angeklagten freisprechen. Von der Berufungsinstanz wurde v. Rähne am 30. November 1927 unter Aufhebung einer bereits ausgesprochenen Gefängnisstrafe von 1 Monat zu insgesamt 3 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen legte er Revision ein. Er begründet seinen Schritt damit, daß er in Rähne recht gehalten habe; auch habe er die Tat in dem bestmöglichen Zustand verübt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision und legte dem Angeklagten die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens auf.

Nina Bang gestorben.

Der erste weibliche Kultusminister. In Kopenhagen ist, 62jährig, die bekannte Sozialistin Nina Bang am Sonntag gestorben. Sie war während der Regierungszeit des sozialistischen Ministeriums Staining dänischer Kultusminister. Mit



Nina Bang

ist eine der bedeutendsten Frauen, die je in den Reihen des Proletariats gewirkt haben, aus dem Leben geschieden. Eine Frau von großer Persönlichkeit, vollkommener Einfachheit, deren Leben und Wirken man erschöpfen mußte, um ihre Bedeutung ergreifen zu können.

Ihre Familie — Eilinger war ihr Mädchennamen — stammte aus Raumburg. Aber sie selbst war aufgewachsen in Kopenhagen, an dessen Universität sie studierte, wo sie die großen Zurechnungen für ihre wissenschaftlichen Leistungen erhielt.

Auf der Universität machte sie die Bekanntschaft eines Studenten der Geschichtswissenschaft, dem Marjsten Bang, der selber nur kurze Zeit in ehelicher und wissenschaftlicher Gemeinschaft mit Nina Bang für die Partei wirken konnte. Heber das Ged hinaus hatte sie dem Gatten Treue und Liebe gewahrt.

In der dänischen Sozialdemokratie wirkte sie unermüdet bei aller Bescheidenheit. Ihre Liebe galt nicht nur den Arbeitern in Dänemark. Lebendigen Sinn zeigte sie auch für die Fortschrittler aller übrigen Glieder der Internationale. Sie war eine der ersten Frauen, die die dänische Sozialdemokratie in das Oberhaus entsandte. Kaum in irgendeinem anderen Vertretungskörper war eine Frau so gewandt wie diese, wo es als selbstverständlich galt, daß das erste sozialistische Ministerium Staining sie als Unterrichtsministerin aufnahm. Was sie dort geleistet hat, war außerordentlich.

Besonders herrlich waren ihre Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie. Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie hat die dänische Sozialdemokratie telegraphisch des herzlichsten Beileids versichert und dabei zum Ausdruck gebracht, daß ihr besonders in Stockholm und Bern von hohem Gerechtigkeitssinn befehlenden Mitarbeiter an der Wiedererrichtung der Sozialistischen Internationale dauernd beiführend Gedanken bewahrt werde.

Wernow-Waffen.

Am Kreise Witten (Sauerland) wurden in den letzten Tagen an verschiedenen Orten geworene Waffenunde gemacht. Hauptstützen wurden Wochingengewehe und Infanteriegewehre gefunden. Die Polizei verzweigt zunächst noch jede nähere Auskunft über

ihre Entdeckungen. Es wird jedoch angenommen, daß die Waffner der Witten Angehörige des Wernow sind. Vor etwa einer Woche wurden bereits in Hainfeld in einem Wernowfeld 4 Wochingengewehe, 70 Gewehre und 47 Handgranaten beschlagnahmt.

Im Berliner Schulkonflikt

hat auch das Provinzialparlament der evangelischen Elternorganisationen, die mit viel Fleiß die konfessionelle Seite in den Berliner Volksschulen tragen, einen kräftigen Einsatz durch die Rechnung gemacht. Das Provinzialparlament hat die Genehmigung von sechs neuen Sammelstellen erteilt und hat damit die Beschäfte der Schuldputation befähigt. Gegen wen werden sich die Angriffe der evangelischen Elternvereine richten? Als erster stand der sozialdemokratische Bezirksbürgermeister im Mittelpunkt ihrer Angriffe, dann war es die Schuldeputation und jetzt stellt sich nun das Provinzialparlament auf die Seite der Berliner Schulbehörden. Es gibt keinen vernünftigen Grund gegen die Sammelstellen. Aber was fragen unvernünftige Menschen nach plausiblen Gründen. Bis zum Donnerstag soll in der Doppelstunde in der Sonnenburgerstraße aufs neue getreift werden, und auch die andere Fakultät meldet sich: die Berliner Katholiken wollen sich am Sonntag, den 1. April, in einer großen Konvention in Jirtus Busch u. a. mit dem Berliner Schulkonflikt befassen.

Den Kleinen heißen die Hunde.

Der Pastör Bischof bekommt nichts.

Die 26. Zivilkammer des Landgerichts Berlin hatte das Reich vor wenigen Monaten zur Zahlung von 440 Mark an den Pastör Bischof verurteilt. Das Reichsministerium legte gegen diese Entscheidung beim Reichsgericht Berufung ein. Der Reichsgericht hat die Entscheidung aufgehoben. Die 440 Mark brauchen nicht gezahlt zu werden. Da gegen die Urteile von 212 Mark und 230 Mark die gleichen Gründe sprechen wie gegen die von Bischof, fragt man sich unwillkürlich, wie es möglich war, daß den Förderern der Oberprüfung vom Reichsgericht Rechnung getragen wurde, während man Bischof abwies. Geht da alles mit rechten Dingen zu?

Der Papst unter Zensur.

Mussolini verurteilt den Abdruck seiner Rede. Rom, 27. März. (Eig. Draht). Der Papst hat am Sonntag anlässlich einer Feiertagsfeier des Döhlensausflusses eine Rede gehalten, in der er sich gegen das Monopol der katholischen Jugendorganisation nicht nur vom physischen, sondern auch vom moralischen und geistigen Standpunkt aus wandte. Er sprach ferner sein Bedauern darüber aus, daß die zurzeit auf dem Kapital beruhende Nationalpolitik seiner Bedacht und sich mit seiner Person befähigt haben, ohne des zwischen dem italienischen Staat und dem Heiligen Stuhl in Folge des Garantiegesetzes bestehenden Zustimmes zu gehen. Der italienische Diktator hat den Abdruck dieser Rede in ganz Italien verboten.

Munitionsziehungen nach Rumänien.

Eine Wiederholung des St. Gotthard-Standals.

Mussolini ist nicht beliebt. Er begreift die besetzten Gebiete in Süditalien mit immer neuen Diskriminierungen. Er bedrückt die kleineren Gebiete und er treibt daneben noch in hohem Maße einen anderen Sport — er läßt Dynamit und ähnliche schöne Dinge magawonische die Balkanstaaten durchqueren. Wenn in den letzten Tagen sind

114 Waggons Munition von Italien nach Rumänien über Südbalkan und Ungarn abgeholt worden. Schon nur einigen Tagen hatten 12 Waggons Explosivstoffe, die aus Italien kamen und nach Rumänien gehen sollten, den 10 Kilometer südlich der ungarischen Grenze in Südbalkan liegenden Eisenbahnstation Maria Theresiopel passiert. Als noch ein weiterer Transport von 22 Waggons Explosivstoffen von Maria Theresiopel ankam, wurde der Stationschef mitgeführt und hielt ihn an. Es stellte sich heraus, daß keine der Transporten von 12 Waggons Maria Theresiopel passiert, bereits 30 Waggons Sprengstoffe, die nicht mit dem Berner „Explosiv“ versehen waren, über Ungarn nach Rumänien gegangen sein sollten.

Das sind in der Tat recht auffallende Feststellungen. Sprengstoffe aus Italien nach Rumänien — über Ungarn. Es ist nur zu verständlich, daß die südbalkanische Regierung die letzten 22 Waggons anhalten ließ und sich bemüht, festzustellen, für wen die Explosivstoffe in Wirklichkeit bestimmt sind. Es ist ja schließlich nicht das erste Mal, daß von Italien aus Kriegsmaterial verhandelt wird. Am Neujahrstage rollten an der südbalkanisch-ungarischen Grenze 10 Waggons Maschinengewehre aus Italien hinein nach Ungarn. Damals war auf den südbalkanischen Polen aus Ziel abgegeben. Um neunsten Falle ist es Rumänien, das als Defektbesitzer dienen will. Aber wie am Neujahrstage ist auch heute Italien der Waffner und Ungarn der wahrscheinliche Empfänger.

Italien riskiert nichts. Ungarn, das weder Munition noch Waffen einführen darf, mag sich dann mit dem Wafflerbund herum-schlagen. Italien macht kein Geschäft und der Reichstag muss seine Politik. Die Waffne, die im Südbalkan liegen und selber Munitionsgeschäfte machen, reden tagelang in Genf und lassen die Dinge laufen.

„Alles in Ordnung“.

Der italienische Kriegsminister

gibt bekannt, daß eine besondere Kommission den Inhalt der auf dem Bahnhof in Maria Theresiopel angehaltenen 22 Waggons geprüft habe, um festzustellen, ob der Transport mit dem identisch sei, für den die Durchfuhrerlaubnis erteilt wurde. Die Kommission habe festgestellt, daß die Waggons ihrem Bestimmungsort zugeleitet werden. Es könne also in diesem Falle von Konterbande keine Rede sein.

Die bestehenden Reichsbahnbeamten.

In der Korruptionsaffäre beim Berliner Eisenbahnzentralamt ist von der Staatsanwaltschaft neues wesentliches Befragungsmaterial zutage gefördert worden. Der Bericht, das sogenannte Bilanzabrechnung außer von der Firma Relect auch von anderen Firmen an Reichsbahnabteilung Schulze und andere Beamte geleistet wurden, hat sich bestätigt. Auch die WAGB in Berlin hat denartige Leistungen, und zwar merkwürdigerweise über das Konto des Berliner Vertreters der bestehenden Köhler Firma Relect gemacht. Die WAGB will dabei durchaus legal gehandelt haben, sie gibt an, daß die Empfänger der Abrechnungen die Überweisung auf das Konto des Vertreters der Köhler Firma ausdrücklich verlangt hätten.

Gewerkschaftliches.

Zum Reichsbahn-Schiedspruch.

Heute Nachverhandlungen.

Die Nachverhandlungen über den Reichsbahn-Schiedspruch, die ursprünglich auf den 28. März angelegt waren, beginnen bereits am heutigen Dienstag normal. Der Schlichter will sich allen Ansinnen nach für die Nachverhandlungen etwas mehr Zeit nehmen. Das ist durchaus angebracht; denn eine nochmalige genaue Überprüfung des Schiedspruchs ist dringend notwendig. Die durch den Schiedspruch geschaffene Situation ist von unermesslichem Ernst. Der Schiedspruch hat im ganzen Reich unter den Eisenbahnarbeitern einen wahren Proteststurm hervorgerufen. Die Erbitterung ist groß. Bei dem Einheitsverband der Eisenbahner haben sich die 250 der Protetirenden, mit einer Hoff nicht weniger als 250 Entlassungen, von dem geeinigten Protetirer gegen den Schiedspruch, eingelassen. Noch nie war die Bewegung gegen einen Schiedspruch unter den Eisenbahnarbeitern so lebhaft wie diesmal. Der Schiedspruch unter den Eisenbahnarbeitern wird der Schiedspruch als völlig unannehmbar bezeichnet und vom Hauptvorstand gefordert, daß er die Verbindlichkeitsklärung vorhindert. Letzteres im Reich erklären die Eisenbahnarbeiter, die sie gewillt seien, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Verbesserung ihrer kümmerlichen Lebensverhältnisse einzutreten. Abgelehnt wird der Schiedspruch vor allem deshalb, weil die Spanne zwischen den einzelnen Gruppen nach größer zu werden droht, weil die Höhe der Zulagen abwärtig und weil die Bindung der neuen Regelung unrichtig lang ist.

Entschädigung der Halberstädter Eisenbahner.

Die Ortsgruppe Halberstadt des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahm am 24. März 1928 in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zum Schiedspruch Stellung und kam zu folgendem einstimmigen Beschluß:

„Der Schiedspruch ist in seinem Ergebnis ungenügend, weil er vor allen den unteren Gruppen nicht das bringt, was sie zum Leben gebrauchen. Die Rationalisierung und Einführung neuer Arbeitsmethoden stellen erhöhte Anforderungen an alle Reichsbahnarbeiter, wodurch ein erhöhter Verschleiß der Körperkräfte eintritt. Es ist deshalb zur Erhaltung der Arbeitskräfte nötig dem Körper eine nahrhafte und ausreichende Ernährung zuzuführen. Das ist es nicht der Fall ist bemessen die hohen Krankenziffern und die vorzeitige Ausscheidung. Die letzten Beschlüsse der Reichsregierung und des Reichstages betreffen Maßnahmen für die Lebensmittel, um geben zu erkennen, daß im Laufe des Jahres 1928 eine Preissteigerung aller Lebensmittel zu erwarten ist. Aus den oben angeführten Gründen ist eine Bindung, wie sie der Schiedspruch vorsieht, bis 31. März 1929 unmöglich. Diese Bindung birgt schwere Gefahren in sich, denn sie würde die Eisenbahnarbeiter zwingen bei eintretenden Preissteigerungen, Tarifrücktritt oder dergleichen zu begehen. Die Arbeitnehmer haben Vertrauen zum Vorstand, daß er alles daran setzen wird, die Lage der Reichsbahnarbeiter zu verbessern. Sie erwarten von ihm, daß er sich nicht von den Forderungen der Verwaltung lösen wird, sondern den Beweis antreibt, daß die Reichsbahn in der Lage ist, unsere Forderungen zu bewilligen. Aus dem Bericht des Generalrats geht hervor, daß die Reichsbahn gemaltete Lebensmittel gemacht hat, die in erster Linie auf die rationierte Ausnutzung der Arbeitskräfte zurückzuführen ist. An den leitenden Stellen und an anderen wichtigen Ausgabeposten wie Bahnhöfen usw. ist nicht geklärt worden, denn es sind für diese Zwecke immer noch 231 839 000 M. im Bericht vorgeführt. Die Arbeiterzeitung steht auf dem Standpunkt, für ihre übernommenen Leistungen auch einen entsprechenden Anteil vom Staat zu verlangen, um die Kosten der Rationalisierung zu decken. Die Rationalisierung ist ein notwendiges Übel, das die Eisenbahnverwaltung zu unterstützen ist.“

Diese Entschädigung wurde dem Reichsarbeitsminister übermittle. Gleichzeitig hat die Bezirksleitung des Einheitsverbandes in Magdeburg folgendes

Telegramm an den Reichsarbeitsminister

abgegeben: „Reichsbahn-Arbeiter-Schiedspruch hat in allen Dienstorten entzündet. Alle Ortsgruppen ersuchen dringend um Abänderung zu Gunsten der Arbeiter. Arbeitsfriede wird durch Schiedspruch nicht hergestellt.“

Auch die Reichsbahndirektion lehnt ab.

Berlin, 27. März. (Eig. Funtm.) Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat den Schiedspruch abgelehnt. Der im Schiedsverfahren über die Lohnsetzung gefaßte am 6. März abgegebene, keine Erklärung abgelehnt, jedoch damit einverstanden, daß die Reichsbahn aus dem Schiedspruch aus nicht angenommen gilt. An den heute vormittag um 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium beginnenden Besprechungen der Parteien wird sich die Reichsbahn beteiligen.

Tarifverhandlungen für Angestellte gescheitert.

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirksgruppe Altmärk-Harz, erhalten mit über die am 26. März ds. Js. mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Harzbezirks für die Angestellten aus Handel und Industrie in Halberstadt, Dirschleben und Queblinburg geführten Verhandlungen folgenden Bericht:

Anlaßlich der letzten Schlichtungsverhandlungen über die Abgeltung der Mehrarbeit hatte der Schlichtungsausschuß Halberstadt den Parteien aufgegeben, bis zum 31. März 1928 über die Schlichtung eines Bezahlungsvertrages zu verhandeln. Die Angestelltenverbände haben daraufhin einen Entwurf ausgearbeitet, der im Rahmen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Harzbezirks zugestellt wurde. Am Montag den 26. ds. Mts. fanden hierüber mit den Arbeitgeberverbänden Verhandlungen statt. Sie waren nicht von langer Dauer, da die Arbeitgeber erklärten, daß die Verhandlungen über den von den Angestelltenverbänden eingereichten Entwurf abzubrechen. Es könne sich nur darum handeln, die verschiedenen Bestimmungen der bisher bestehenden 3 Disziplinarverträge in einen Bezahlungsvertrag zusammenzufassen. Nur auf dieser Basis wollten sie in Verhandlungen eintreten. Außerdem verlangten sie von den Angestelltenorganisationen, daß alle ihre Zusagen der Verlängerung der Geltungsdauer der Disziplinarverträge und der Gehaltsätze über den 1. April 1928 hinaus gehen. Die Organisationsleiter haben den Arbeitgebern kurz und bündig erklärt, daß sie nicht das geringste Interesse an einer Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge und der Gehaltsätze haben. Die Zusagenhülle von den Arbeitgebern in keiner Weise zu erreichen waren, müßten die Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden.

Diese Verhandlungsergebnisse war voraussehen. Seit langer Zeit denken sich die Arbeitgeber in Halberstadt, Dirschleben und Queblinburg nur einem Schiedspruch. Und auch diesem nur sehr widerwillig. Dieser Schiedspruch ist im Arbeit-

Neuer deutscher Ozeanflug?

Vorläufig nach Irland geflogen.

Am Montag morgen kurz nach 8 Uhr ist vom Flughafen Tempelhof ganz überraschend der Leiter des Reichsluftfahrtamtes der Luft-



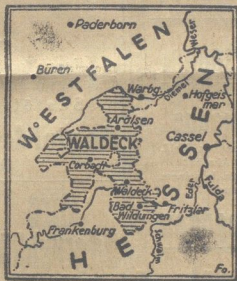
Hauptmann a. D. Hermann Köhl.

zum Flug nach Irland gefahren. Im Bord des Flugzeuges befanden sich außer Köhl ein bereits von einem früheren deutschen Ozeanflugbericht her bekannter Herr von Hünefeld und ein Bordmonteur. Hünefeld hat das jetzt benutzte Flugzeug gekauft. Die Vorbereitungen und der Start erfolgten so heimlich, daß nicht einmal die Direktoren der Luftfahrt die letzte Prüfung von den Fliegern hatte. Das einmütige Flugzeug führt die Bezeichnung D 1167 und trägt den Namen „Bremen“. Die

geplante Fahrt ist nur noch fest, selbst er doch mehr als alles andere nach dieser Art Gegenstand zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht. Weniger denn je ist Harmoniebedarf am Platz, mehr denn je ist der feste Zusammenhalt der Angestellten in den freigewerkschaftlichen Anstellungsverbänden notwendig. Das gilt auch besonders für die laufenden Tarifverhandlungen, denn nur durch die organisierte Selbsthilfe werden wir etwas erreichen können.

Sollten bis zum 1. April 1928 die Verhandlungen nicht beendet sein, dann gilt von diesem Tage ab für sämtliche Angestellten in den 9 oben genannten Dingen der 8-Stunden-Arbeit. Jeder Arbeitgeber, der seine Angestellten länger arbeiten läßt, macht sich strafbar. Wir werden jeden Verleumdungsfall unmissverständlich zur Anzeige bringen. Hierbei rechnen wir auch auf die Unterstützung des Gewerkschaftswesens, von dem wir erwarten, daß es die Einhaltung der 8-Stündigen Arbeitszeit auf das schärfste überwachen wird.

Bereinigung Walbedes mit Preußen.



Karte des Freistaates Waldeck.

Der Staatsvertrag über die Bereinigung Walbedes mit Preußen wurde unterzeichnet. Nach Annahme des Vertrages ist preußischen und waldeckischen Landbesitz jetzt die selbständige Geltung des im ganzen nur 1035 Quadratkilometer und 85 000 Einwohner umfassenden Freistaates Waldeck an. Die innere Verwaltung des seit 1882 als Reichsland, nachdem als Großherzog regierten Landes Waldeck ging bereits am 1. Januar 1888 durch Staatsvertrag auf Preußen über. Nun kommt der letzte Schritt der Unabhängigkeit des Zweigstaates in Preußen.

Die Brandepidemie.

Am Montag wurde Berlin oberhalb von zwei großen Bränden heimgesucht. Am Wilmersdorfer Bruch in den frühen Morgenstunden an der Eke Hindenburg- und Auguststraße in der See-Port-Garage Feuer aus. Die Flammen fanden unter den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung. In wenigen Minuten stand der ganze Schuppen in Flammen. Eine Reihe von Benzinbehältern lag unter ungeheurem Geleise in die Luft. Von den 45 in Gruppen untergebracht Autoschlösser fanden nur 21 Wagen den Flammen entzogen werden. 24 wurden vollkommen eingeäschert.

Ein weiteres Großfeuer brach in der Bornimtsiedlung in Johannisplatz auf dem Grundstück Friedrichstraße 61 aus. Die Flammen griffen auf das Nachbargrundstück über. fünf Gebäude wurden von den Flammen erfaßt, darunter ein 30 Meter langer Schuppen einer Flugzeugfabrik-Firma, in dem sich große Bestände von Zubehörteilen und ein Flugzeug befanden. Dieses Gebäude und ein zweiter Schuppen mit Gartenmöbeln und Zubehörteilen sind vollständig zerstört worden. Auch das Flugzeug ist verbrannt. Die Flammen dehnten sich schließlich auch auf das Logenhaus in Johannisplatz aus. Nur mit Hilfe gelang es der Feuerwehr, den Brand im Wilmersdorfer zum Stillstand zu bringen und den Saal zu retten.

Ein leiblicher Kontrollbeamter, der sich für einen Beauftragten der Elektrizitätswerte ausgibt, hat in einer Berliner Tiergartenstraße aus einem verschlossenen Schrank den Schmutz der Familie im Werte von 100 000 Mark entwendet. Der Diebstahl wurde erst bemerkt, als der Gauner schon geraume Zeit die Wohnung verließ. Es handelt sich um denselben Schwindler, der vor kurzem mit dem gleichen Trick Einbrüche in die Räume der Schmeißler-Gesellschaft und bei einem Finanzmann in der Kaiserin Auguststraße verübt hat.

Piloten scheinen die Absicht zu haben, von Island aus den Ozean zu überqueren. Köhl und von Hünefeld haben bereits Ende Februar als Vertreter des Norddeutschen Lloyd bei den englischen Behörden in Berlin um die Erlaubnis nachgefragt von dem irischen Flughafen Baldonnel aus zum Transoceanflug starten zu dürfen. Dem Gesuch wurde stattgegeben.

In Irland geflogen.

Der „Lunder-Gindefler „Bremen“ ist am Montag nachmittags um 5.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem irischen Militärflugplatz Baldonnel gestartet. Die Strecke wurde in knapp 9 1/2 Stunden erreicht. Insgesamt wurden 1600 Kilometer durchgeflogen, so daß die Maschine eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Stundenkilometern ermittelte. Als Köhl nach englischen Professeur-Bildungen in Baldonnel antrief, mit er mit seinen Begleitern, sobald das Wetter über dem Atlantik es irgendwie möglich, zur Ozeanüberquerung starten.

Der Begleiter Köhls, Herr von Hünefeld, ist übrigens der gleiche Herr, der es bei seinem ersten missglückten Flugunterfang im Sommer 1927 nicht unterlassen konnte, seinen Kaiser in Doorn huldigend anzutuegeln. Wie jetzt feststeht, unternehmen Köhl und Hünefeld den Flug im Auftrag des Norddeutschen Lloyd.

Sie können es nicht lassen.

Paris, 27. März. (Eig. Funtm.) „Remport-Service“ weiß zu berichten, daß die beiden deutschen Transoceanflieger, die sie gestern nach Irland flogen, beim Flug über Island in Doorn über die Befragung des Grafen einen großen Stürmenfraß abgeworfen haben.

Wenn der Ozeanflug dann auch nicht zustande kommen sollte (nach Irland kann bestimmt heute jeder Passagier fliegen, der die Fahrkarte besaßen hat), dann haben die Doorn-Weißler Herren vom Norddeutschen Lloyd wenigstens einen Doornflug gemacht. Das ist wenigstens etwas.

Der portugiesische Staatspräsident wird gemeldet. Aus Lissabon wird gemeldet, daß der bisherige Staatspräsident von Portugal, General Gomes, mit einer Mehrheit von 18 000 Stimmen wiedergewählt worden ist.

Falscher Norddeutscher. Der Knabenfund auf dem Boden des Hauses in der Königsgrabenstraße in Berlin, der auf einen Norddeutschen ließ, ist aufgelöst worden. Die in zwei alten Klaffen gebundenen Knochenreste gehörten einem Meibach, der früher in der Höhe wohnte und bereits 1914 gestorben ist. Der Gelehrte hatte die Knochen als Studien- und Lehrmaterial verwendet.

In eine Kindergruppe geflogen. Ein jüdisches Flugzeug hat sich bei Manchester in England erzwungen. In Einbürgerung ließ die Flugzeugführerin Misses Brown, die als erste Frau in Manchester die Piloten-Prüfung erwarben hat, bei der Landung mit ihrem Flugzeug in eine Gruppe von Kindern. Ein Knabe wurde verletzt, fünf Kinder wurden verletzt.

Der Gemach als Aufwinder? Ein Aufwinder am den 19-jährigen Abiturienten Daube in Glöbeck (Westf.) steht vor der Verurteilung. Die Verbrechen gegen den Freund des Ermordeten, den Abiturienten Husmann, haben sich veräußert. Man hat bei Husmann das General eines größeren Meisters gefunden. Das Messer selbst ist verschwinden. Es ist weiter festgestellt worden, daß Husmann nicht frei von schuldigen Kränkungen ist. So hat er in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Tugenden künftiger Dargestellt. Auch am Tage vor der bestialischen Ermordung Daubes hatte er eine Kasse dabei. In der Hand des Ermordeten wurden im genannten Hut Haare gefunden, die er höchstwahrscheinlich in der Umklee-Kabine abgewaschen hat. Die chemische Untersuchung darüber, ob es sich um die Haare Husmanns handelt, sind noch nicht abgeschlossen. Husmann befindet sich auf freiem Fuß.

Ein Mädchenmord ist bei Cleve (Rheinland) aufgedeckt worden. In der Nähe nach Wiffel fand man die Leiche einer 15-jährigen Mädchen. Das Mädchen ist ertrunken worden. Der Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen den 18-jährigen Bruch, der gemeinsam mit der Wiffelmord bestraft war und mit ihr ein Verhältnis unterhielt. Sein Fußbad und ein Messer waren von ihm mit Hilfe eingeschmiert worden, um Blutspuren zu beseitigen. Der Knabe wurde verhaftet.

Schiffsbrand auf offener See. Auf dem Steintiner 2200 Tonnen-Dampfer „Ortinde“, der sich mit einer Holzladung auf dem Wege von Danzig nach Hohen befand, entstand in der Nähe der Maschine vom Zustand Feuer im Kesselraum. Trotz energischer Maßnahmen ergriffen die Flammen auf die Ladung über. Nach heftigstem Kampf gegen den Brand wurde die Befahrung schließlich von einem Fischerboot übernommen, der ertrunkenen Schiffbrüchigen nach Stragen brachte. Ein schwedischer Dampfer nahm die von Flammen ganz eingehüllte „Ortinde“ ins Schlepp und bugsierte das Unglücksschiff nach Götterburg, in dessen Hafen es als Wrack liegt.

Wann und wo im Autabus. In Wirta berühren sich die primitivste alte Kultur der Eingeborenen und die moderne Zivilisation, die die Weissen mitbringen, oft in der schlimmsten Weise. So gibt es zum Beispiel jetzt in Wirta einen Autobus, der den Verkehr zwischen einigen Eingeborenenverbindungen vermittelt. Vor kurzem bereitete eine Abordnung englischer Parlamentarier das Land. Sie berühren über diesen Omnibus: „Wir haben eine berühmte Dame, die nur einen schmalen Schurz von grünen Wolltönen trug. Sie wollte im nächsten Wirta-Verkehrungen machen. Ungeglücklich stieg sie in den Omnibus ein, ging dann im Marktort von Götterburg zu Boden, taufte ein und verstaute die Ware künftigerzeit auf dem Kopfe. Sie ging dann zu Fuß nach Hause. Ein paar Kilometer weiter stieg ein ganz nackter Mann ein, der einen Koffer mit beglückten Hüten auf dem Rücken trug und einige gemaltete Speere in der Hand hielt. Er kam auf einem ihmlichen Fellewag zur Straße herunter. Am Omnibus stellte er die Speere hin und befeuerte, damit sich niemand an ihnen verletzen könne“. Dieses seltsame Durcheinander ist überall zu beobachten. Auf den Wirta liegen neben geglätteten Gegenständen moderne Maschinen, dann kommen getrocknete Affenbänke, die irgenbende Zaubermittel haben sollen, und der Stand neben verkauft amerikanische Fleischkonzerne. Auch französische Schokolade wird verkauft und scheint die alten Mittel, mit denen sich die Eingeborenen bezaubern zu verdrängen. Das Eindringen des Kapitalismus muß überall proteste Gegenstände hervor.

Parteienossen!
werbt von Haus zu Haus für die Partei
und für das Halberstädter Tageblatt!

Am 25. d. Mts. verstarb im Salvator-Krankenhaus nach längerem Leiden unser
Feld-Aufseher
Herr Richard Alexander
 Seit ca. 2 Jahren in unseren Diensten, hat er sich während dieser Zeit als treuer, gewissenhafter Mitarbeiter erwiesen. Wir bedauern den Verlust dieses Mannes anfrichtig und werden sein Andenken in Ehren halten.
 Halberstadt, den 27. März 1928.
Gutsverwaltung
Stern und Siechenhof.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sage ich allen denen, die seiner gedacht haben, meinen
tieffühllten Dank.
 Aufrichtigen Dank auch Herrn Pfarrer Scholz für die herzlichen Worte am Sarge wie am Grabe.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Bertha Loose.
 Halberstadt, den 26. März 1928.

Bekanntmachung.
 Im Jahr 1919/20 wurden 18 junge Mädchen im Alter von über 18 Jahren in der „Sauglino“-u. „Reinhardt“-Anstalt ausgebildet. Der Lehrgang dauerte ein halbes Jahr. Beschäftigung hauptsächlich beim Weben. Nähere Auskunft erteilt die leitende Schwester, Anmeldung sofort erforderlich im Heim, Burgstraße 34.
Der Vorstand.

Zwangs-Versteigerung.
 Im Wege der Zwangsversteigerung sollen am **24. Mai 1928, vormittags 9 Uhr** im Landgericht von Halberstadt, Zimmer Nr. 8 versteigert werden die im Grundbuche von Halberstadt, Band 58, Blatt 204 (eingetragener Eigentümer am 23. Februar 1928, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes, der **Schankwirt Friedrich Kirchner** in Halberstadt, **Neu-Staunen**) eingetragenen Grundstücke:
 1. Grundgrundstück vor den Eichenbergen Nr. 56, bestehend aus den Parzellen:
 a. Raum um. (Kamerun) auf der Seite von Nr. 1019, 1020, Kartenblatt 23, Parzelle 52 von 4,10 ar Größe mit 1720 qm Baumgarten.
 b. Acker auf der Seite von Nr. 1019 und 1020, Kartenblatt 23, Parzelle 51 von 1 ha 56,70 ar Größe, mit 651 qm Baumgarten.
 2. Garten auf der Seite von Nr. 1021, Gemarkung Halberstadt, Kartenblatt 23, Parzelle 78 von 63,8 ar Größe, mit 250 qm Baumgarten, Grundbesitzmatrikel Nr. 2464, Grundbesitzmatrikel Nr. 2577.
 Halberstadt, den 23. März 1928.
Preussisches Amtsgericht, Abt. 4.

Aufforderung.
 Hunde sind im Jagdgelände von Eichenberg bei der Veine zu fährten. Wildernde Hunde werden abgeschossen.
Der Jagdpächter.

Sars, Kraftfahrzeuglinien der Ost-Sarsbahnen
 G. m. b. H. (O. S. R. D.) **Stautenburg-Sars**
 Auf der Straßbahnlinie Halberstadt-Darvelben werden ab 1. April 1928 neu eingeführt:
 1. **Dauer-Wochenkarten = 3,50 RM. je Woche**
 2. **Schüler-Monatskarten = 10,00 RM. je Monat**
 Beide Arten Karten sind nicht übertragbar, gelten jedoch auf beliebigen Fahrten.
 Die bisher gültigen Zeitkarten und Schülerfahrkarten werden ab 1. April 1928 aufgehoben.

Die beste Empfehlung ist die Qualität!
Abzug direkt vom Faß
 Tarragona, rot (kohlfarben) das Liter 1,40 Mk.
 Tarragona, weiß (goldgelb) das Liter 1,50 Mk.
Weinhandlung H. A. Lebmann
 Westendorf 46 Halberstadt Fernspr. 1897

Es lohnt sich für jede Hausfrau!
 Sable erhöhte Preise für Linsen, Nudeln, Baiser, Miso u. Abrab-Islands und Antwerpen.
Ulrich, S. D. Münze 14. Große Abholung an jeder Tageszeit.

Billiges Oster-Angebot!
Fahrräder
 in allen Preislagen, solange der Vorrat reicht.
3 Mark Wochenrate — 10 Mark Anzahlung
 Part. Gewerkschafts- und Vereinsmitglieder, gegen ihren Ausweis ohne Anzahlung.
Otto Müller, Fahrradhdg.
 Beckerstraße 2.

Wartburg!
Konfirmanden-Ausflug
 am Montag nach der Konfirmation nach der Wartburg. In allen Räumen **Künstler-Konzert**. Kapellmeister Göricke. Anfang 3 Uhr. **1a Kaffee, täglich frisches Gebäck, Torte und Schlagsahne.** Ich habe es mir angelegen sein lassen, für die Konfirmanden bei ihrem letzten gemeinsamen Ausflug für Unterhaltung, Belustigung usw. zu sorgen. Außerdem ist ihnen Gelegenheit geboten, zu billigen Preisen an den dazu hergerichteten Ständen **Schokoladen, Süßigkeiten, Apfelsinen, Bananen, Frucht- und Vanilleeis, Heines Würstchen, Eier** usw. zu kaufen.
Größter ungefährlicher Kinderspielplatz am Orte u. a. 2 Schaukeln, 2 Rundläufe.
Wilhelm Marheine.

Deutscher Lederarbeiter-Verband
 Ortsverein Halberstadt.
 Mittwoch, 28. März 1928, abends 8 Uhr, im **Gitarren**
außerordentl. Vollversammlung
Tagesordnung:
 1. Bericht von der Schulungsabschluss-Sitzung.
 2. Bericht von den Verhandlungen über die Fortbildung.
 3. Bericht von den Mantelarbeit-Verhandlungen.
 4. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag.
 5. Beschlüsse.
 In Anbetracht der wichtigen Sitzung ist es Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, da außerordentlich auf dem Spiele steht, die Versammlung zahlreich zu besuchen.
Der Ortsvorstand.

Kb Achtung!
 Heute Dienstag bis Donnerstag!
Neues Programm:
Richard Talmadge
 Amerikas beliebtester Sensations-Held. Boxer, Springer und Akrobat tritt wieder auf den Plan in seinem neuesten Abenteuer:
Richard Talmadges größter Coup!
Jugend und Abenteuer 7 Akte! 7 Akte!
Richard, ein junger Mann aus guter Familie . . . Richard Talmadge
 Ferner:
 Der große Wild-West-Film:
Richard Talmadges kreuzt als „Ladung“ Stranahoff!

Edgrundstück in Wehrstedt
 5 Wohnungen u. Laden sofort zu verkaufen. Angebote unter D. G. S. Nr. 197 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.
Gutes Chaletlongue neues zum Fabrikpreis zu verk. Zu verk. in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.
Mertz'sche Salbe gegen alle Krankheiten. Mertz'scher Universalnagelratz. Apotheker.
Die billigsten Eier und Hefen in Schokolade und Barpe **H. SALGE,** Maximilian Nr. 23-24.
ff. Sauerkohl, ar. Keller-Eisig, weiße Schmalz-Rohren, alle art verfeinert und weitverbreitet.
Frau Wehber, Gerberstraße 9, Dof. weißen Sand zu hab.

Der reitende Komet!
 Kühne Farmer und wilde Cowboys im Kampf um freies Weideland, mit dem Wunderpferd „Feldierche“.
Kampf zwischen Pferd und Panther:
 — Hauptrollen —
Yakima Canutt — Bob Walker
Dorothy Wood — Bill Donnan
 Das gestern abend angekündigte Programm der Verlagerung mußte ausfallen, wegen techn. Schwierigkeiten

Die schönsten Geschenke zur Konfirmation
 finden Sie in meiner **Galanterie- und Lederwaren-Abteilung**
 Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster, und Sie werden überrascht sein von der Fülle schöner Geschenke von dauerndem Wert
H. Semmelhaack
 Halberstadt, Breiteweg 47.
 Erstes und größtes Spezial-Geschäft für Geschenkartikel am Platze
 Spezialabteilung: Lederwaren und Reiseartikel

Severing
 Preussischer Innenminister a.D. spricht heute Dienstag, den 27. März 1928, abends 8 Uhr im „Elysium“ in einer **öffentlichen Versammlung** über:
„Das Wahljahr 1928“
 Republikaner, Hand- und Kopfarbeiter, Angestellte und Beamte, Geschäftsinhaber und Handwerker, kommt alle in diese wichtige Versammlung.
 Saalöffnung 6 Uhr. Eintritt 20 Pfennig.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Ortsverein Halberstadt.

Hausfrauen eine Freudenbotschaft!
 Das richtige **Washwunder** 2 D. R. G. M. 2 D. R. P. (Name, ges. gesch.)
die größte Sensation
 wird auch **3 Tage** in Halberstadt vorgeführt.
 Nicht zu verwechseln mit Stampfapparaten, wo ja noch gearbeitet werden muß. Beim Washwunder kann man zusehen, wie es selbsttätig arbeitet. Am **Mittwoch, Donnerstag und Freitag** dieser Woche täglich um **11, 3 und 5 Uhr** praktische Vorführungen im **Kaiserhof, Domplatz 30.**
Kommen, sehen, staunen! Washwunder ist wirklich ein Wunder
 Während des Kochens reinigt sich die Wäsche vollkommen selbsttätig, ohne Reiben, Stampfen, Bürsten oder dergleichen — Die schmutzigste Wäsche wird vollkommen sauber und blühend weiß.
Der Erfolg wird garantiert.
 Washwunder ist das Vollkommenste, was es überhaupt auf dem Gebiete der Hauswäschebehandlung gibt. Es gibt nichts Gleichwertiges.
 Durch das Washwunder sparen Sie im Jahre **200 Mk.** Schon aus diesem Grunde dürfen Sie in Zukunft nicht mehr ohne Washwunder waschen. — Schon die Gesundheit der Frau. Das können Sie nicht glauben. Das müssen Sie gesehen haben. Sie kaufen bestimmt. Ein Traum der Hausfrau geht in Erfüllung.
Kochen, Spülen, Aufhängen die neue Waschmethode.
Preis RM 15.—
 Während der Vorführungen Preisermäßigung. Recht schmutzige Wäsche mitbringen.
Solvente Vertreter gesucht.
 Nur 3 Tage: **Das Neueste!**
 Benutzen Sie die günstige Gelegenheit, sich von der Wunderwirkung zu überzeugen. **Die größte Sensation!**

Latte? Saeben? Schablonen? Pinsel?
 Nur aus der Drogenhandlung
Otto Denike
 Spezial-Farbenhandlung
 Dof. weißen Sand zu hab.

Wochenplan des Stadttheaters.

Dienstag 20 Uhr letzte Aufführung. Die beiden Schützen, die heitere Dialogoper mit ihrem heftig-komischen Humor.

Donnerstag 20 Uhr 'Wie es euch gefällt', Sotopares anmutig-heitere Waldkomödie, die weniger durch ihren dramatischen Verlauf der Vorgänge als durch den Humor und die Frische ihrer Dialoge anziehend und lebendig ist.

Freitag 20 Uhr 'Don Juan', Mozarts stärkstes musikalisch-dramatisches Werk.

Sonnabend 20 Uhr 'Unser Geheißtauffahrt', der durch drastischen Humor ausgezeichnete Schwankoper.

Sonntag 15.45 Uhr 8. Fremdenoperkennung. 'Der Zigeunerbaron', die zugräftigste Wiener Operette des genialen Walzerkönigs.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Interessante Reisevorschrift auf dem Dampfschlitten. Am Montag nachmittags um 14 Uhr kam auf dem Dampfschlitten ein Automobilist an, den wir nicht kennen.

Der Tanz der Zahlen.

Aus den städtischen Haushaltsplänen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Berücksichtigung der Haushaltspläne wird, wie wir schon mitteilen, auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Die Einnahmen des Schlachthofes sollen um 168 700 M im Vorjahr auf 191 750 M in diesem Jahr steigen.

Table with 3 columns: Category, 1927, 1928. Lists various municipal services and their budget changes.

Der Budgetschon ist in Einnahme und Ausgabe mit 248 000 M als gegen 385 000 M im Vorjahr.

- List of names and addresses: 16. Gertraud Adler, 17. Grete Bormann, 18. Käthe Bormann, 19. Hanna Boesche, 20. Friede Bormann, 21. Johanna Bunte, 22. Helene Döhring, 23. Anneliese Dring, 24. Magdalena Eger, 25. Erna Geisler, 26. Kurt Graß, 27. Karl-Heinz Großhans, 28. Margarete Harber, 29. Herbert Hoffmeister, 30. Ilse Kofke, 31. Hans Krone, 32. Herbert Kurze, 33. Wilhelm Liebau, 34. Erna Lucas, 35. Ilse Wäntele, 36. Margarete Paps, 37. Hans Rofe, 38. Karl Herbert Rofe, 39. Georg Rüdowald, 40. Irma Salomon, 41. Horst Sanger, 42. Helmut Schaback, 43. Charlotte Seelke, 44. Charlotte Trogg, 45. Hildegard Wartmann, 46. Käthe Webberhoff, 47. Ida Willers, 48. Käthe Willers, 49. Käthe Willers, 50. Käthe Willers, 51. Käthe Willers, 52. Käthe Willers, 53. Käthe Willers, 54. Käthe Willers, 55. Käthe Willers, 56. Käthe Willers, 57. Käthe Willers, 58. Käthe Willers, 59. Käthe Willers, 60. Käthe Willers, 61. Käthe Willers, 62. Käthe Willers, 63. Käthe Willers, 64. Käthe Willers, 65. Käthe Willers, 66. Käthe Willers, 67. Käthe Willers, 68. Käthe Willers, 69. Käthe Willers, 70. Käthe Willers, 71. Käthe Willers, 72. Käthe Willers, 73. Käthe Willers, 74. Käthe Willers, 75. Käthe Willers, 76. Käthe Willers, 77. Käthe Willers, 78. Käthe Willers, 79. Käthe Willers, 80. Käthe Willers, 81. Käthe Willers, 82. Käthe Willers, 83. Käthe Willers, 84. Käthe Willers, 85. Käthe Willers, 86. Käthe Willers, 87. Käthe Willers, 88. Käthe Willers, 89. Käthe Willers, 90. Käthe Willers, 91. Käthe Willers, 92. Käthe Willers, 93. Käthe Willers, 94. Käthe Willers, 95. Käthe Willers, 96. Käthe Willers, 97. Käthe Willers, 98. Käthe Willers, 99. Käthe Willers, 100. Käthe Willers.

liegende Gelände vorliegt. Die Stadtorordneten-Versammlung hat diesem Plan zugestimmt.

liegende Gelände vorliegt. Die Stadtorordneten-Versammlung hat diesem Plan zugestimmt.

liegende Gelände vorliegt. Die Stadtorordneten-Versammlung hat diesem Plan zugestimmt.

liegende Gelände vorliegt. Die Stadtorordneten-Versammlung hat diesem Plan zugestimmt.

liegende Gelände vorliegt. Die Stadtorordneten-Versammlung hat diesem Plan zugestimmt.

liegende Gelände vorliegt. Die Stadtorordneten-Versammlung hat diesem Plan zugestimmt.



Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Werbungpreis halbmонаtlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 20 Pfennig. Einmalig 10 Pfennig und zwar mittwochs, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenten entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortlich für Inhalt u. Wirtschaft: Arthur Wolfenbühler, für den übrigen Teil: Richard Matthies, für Name u. Inhalt: Karl Zeiff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorzulegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfachamt Wladenburg 4526 und Volkshausbandlung (Eigentum) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 75.

Mittwoch, 28. März 1928.

3. Jahrgang.

Josef Wirth als demokratischer Kandidat.

Die Demokraten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wollen ihm zu einem Reichstagsmandat verhelfen.

Josef Wirth soll von den Demokraten als Reichstagskandidat aufgestellt werden. Nachdem ihn das Zentrum in Baden nicht wieder aufgestellt hat, ist innerhalb der demokratischen Parteioptionen Düsseldorf-Ost und West die Ansicht erörtert worden, Wirth auf die demokratische Liste der beiden Wahlkreise zu setzen. Der „demokratische Zeitungsdienst“ bemerkt dazu: „Es ist nicht beabsichtigt, mit dieser Kandidatur irgend einen besonderen Kampf gegen das Zentrum zu führen, ebenso wenig soll Wirth vorkippen werden, der Demokratischen Partei oder Fraktion als Mitglied oder Kandidat beizutreten. Auch ist nicht an eine Bindung hinsichtlich Wirths zukünftiger Zugehörigkeit zur Zentrumsfaktion gedacht. Da Dr. Josef Wirth von diesem Gedanken noch keine Mitteilung ausgesprochen hat, so hat er selbstverständlich dazu noch keine Stellung nehmen können.“

An den beiden Düsseldorf-Wahlkreisen ist als einziger demokratischer Abgeordneter Erfolg gewährt worden. Die Demokraten haben dort bei den letzten Wahlen 73.000 Stimmen aufgebracht; das Zentrum hat 570.000 Stimmen erreicht. Die Zentrumsliste in Düsseldorf-West führte 1924 Hell, in Düsseldorf-Ost war Max Bisher Spitzenkandidat. Die Demokraten rechnen damit, daß Wirth, wenn er in beiden Kreisen kandidieren würde, 60.000 Stimmen erreichen könnte.

Das Angebot.

Berlin, 27. März. (Eig. Fernm.). Inzwischen hat Wirth von der demokratischen Parteioption aus Düsseldorf ein Schreiben erhalten, in dem ihm der Vorschlag gemacht wird für die demokratische Partei zu kandidieren. Wirth selbst hat sich dazu noch nicht geäußert.

Dem Zentrum kommt dieser Schöpfung der Demokraten sehr unangenehm. Am rheinisch-westfälischen Schiefergebiet sitzen die Massen der Zentrumswahlkreise, die als Reichstagswahlkreise unter Wirth stehen, und bei denen die Ablehnung seiner Kandidatur in Baden wie eine Bombe eingeschlagen hat. Deshalb verfuhr das Zentrum jetzt schon selber, aber einen Ausweg zu finden. Heute morgen geht die „Germania“ der Stellungnahme aus, daß Wirth das demokratische Angebot zu dem Akten legt.

Vorläufig dürfte er das nach neuen Informationen nicht tun. Er wird zunächst vielmehr abwarten, welche Zusagen sich

für ihn noch im Zentrum bieten. Wahrscheinlich kandidiert er an aussichtsreicher Stelle auf der Reichsliste oder erster Stelle für das Zentrum in Berlin.

Wahl am 20. Mai.

Amlich festgesetzter Wahltermin.

Berlin, 27. März. (Eig. Fernm.). Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Wahlen des Reichstages auf den 20. Mai festgelegt wird. Die Landesregierungen werden ersucht, die Gemeindeglieder anzuweisen, mit der Anlegung der Wahlverlisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzulegen.

Am Samstag wird im Reichstage die Aufstellungsurkunde verlesen werden.

Wahlen im Saargebiet.

Saarbrücken, 28. März. (Eig. Draht). Die am Sonntag festgesetzten Wahlen zum Reichstage des Saargebietes werden infolge der inzwischen zu verzeichnenden Deflation naturgemäß begleitet von einem Anstehen der Kandidaten rechts und links. Daran wird aber das Wahlergebnis charakterisiert durch eine starke Wahlmüdigkeit und durch eine unerhörte Wahldepression des Zentrums, das seinen ganzen geistlichen Heerdann zu einer strapulösen und die Gegner in der niederträchtigen Weise verurteilenden Kampagne aufgebracht hat. Auf diese Weise brachte man vor allem die katholischen Frauen und Jungfrauen recht zahlreich an die Urnen, jedoch das Zentrum von der allgemeinen beobachteten Wahlmüdigkeit kaum betroffen wurde. Ergeben ergibt es ebenfalls wenig wie die Kommunisten nicht ein Mandat mehr. Erfolge haben lediglich die Deutschnationalen und die Christlichsozialen zu verzeichnen. Die beiden Parteien, die man als die eigentlichen Träger des deutschen Gedankens an der Saar ansprechen muß, die Sozialdemokratie und die Deutsch-Sozialistische Partei, bezahnten ihre auf die großen Saargebietspunkte eingeleitete Wahlagitierung mit einem Mandat.

Das Abrüstungs-Fiasko.

Die fünfte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf hat mit einem glatten Fiasko geendet. Das russische Projekt einer vollständigen und zeitlichen Beilegung der militärischen Rüstungen ist abgelehnt worden. Der dann eingebrachte Antrag, der eine Erreichung des Zieles in einzelnen Etappen ansetzt, wurde nicht mehr zur Diskussion gestellt. Die zweite Lesung des im vorigen Jahre angenommenen eigenen Entwurfs der Kommission wurde nicht vorgenommen. Das Ergebnis ist also gleich Null. Erreicht wurde nichts — oder weniger als nichts, da keine Aussicht auf eine baldige Wiederannahme der Arbeiten besteht. Eine Entschädigung ist gefordert worden, in der es dem Kommissionspräsidenten überlassen wird, das Datum der nächsten Tagung für die zweite Lesung des eigenen Konventionstextes zu bestimmen. Die Umstände festsetzen, wobei der Wunsch geäußert wird, daß dieses Datum wenn möglich vor der nächsten Sitzung des im vorigen Jahre angenommenen eigenen Entwurfs der Kommission, als ob man noch niemals von der internationalen Abrüstung so weit entfernt gewesen wäre als in diesem Augenblick.

Diese obermalige Vertagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission bedeutet nicht nur für den Abrüstungs, sondern sogar für den Völkerverständigungsüberhaupt einen ersten Schlag. Die militärischen wie die politischen Gegner des Völkerverständigungsüberhauptes. Wir Sozialdemokraten sind uns dieser Gefahr bewußt, aber wir werden uns durch diese Rückschläge schon deshalb nicht entmutigen lassen, weil wir einen anderen Weg erkennen.

Die Wahrheit ist, daß nicht der Völkerverständigungsüberhaupt an dieser neuen Vertagung liegt, sondern die Regierungen der maßgebenden Länder, die im Völkerverständigungsüberhaupt eine führende Rolle spielen, tragen dafür die Verantwortung. Die Wahrheit ist, daß, wie die gesamte auswärtige Politik seit Monaten (nicht, es unmöglich war, im gegenwärtigen Zeitpunkt einen nennenswerten Fortschritt in den schwebendsten aller außenpolitischen Probleme, in der Abrüstungsfrage, zu erzielen. Die Außenpolitik liegt, weil in den wichtigsten Staaten der Welt die innerpolitischen Entscheidungen und die Entscheidungen entweder notwendig oder in absehbarer Zeit zu erwarten sind. In Frankreich wird in vier, in Deutschland wird in acht Wochen das Parlament neu gewählt. In England verfuhr zwar die konservative Regierung die Wahlen hinauszuverschieben, weil sie weiß, daß das jetzige Unterhaus nicht mehr den Wünschen der Wähler entspricht, aber lange wird sie sich nicht gegen den Willen der Mehrheit des Volkes regieren können. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Vorbereitungen für die Präsidentenwahl im kommenden Herbst ebenfalls schon im wesentlichen abgeschlossen. In diesen großen innerpolitischen Entscheidungen hängt auch die Außenpolitik dieser Länder und damit auch der ganzen Welt wesentlich ab. Deshalb will man sich nicht leicht festlegen, weder in der Frage der Rheinabräumung noch in der Frage der Abrüstung.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob es tatsächlich klug war, daß gerade der deutsche Vertreter in der Abrüstungskommission darauf bestand, daß die zweite Lesung des Abrüstungsentwurfes noch jetzt, also noch vor den Wahlen vorgenommen wurde. Es war vielleicht überhaupt ein Mangel an Voraussicht, daß auf Wahlen gerade der deutsche Vertreter die zweite Lesung unbedingt setzen im März vorgenommen. Umso größer ist natürlich die Enttäuschung darüber, daß dieses feste Versprechen vom Dezember durch das Stottern der Mehrheit nicht eingehalten worden ist. Aus dieser Enttäuschung werden nun die Gegner der Völkerverständigungsüberhaupt zu schlagen versuchen. Man wird ihnen aber immer wieder entgegenhalten müssen, ob sie in der gegenwärtigen Zeit ein wirksameres Friedensinstrument festsetzen als es der jetzige Völkerverständigungsüberhaupt ist.

Deutschland befindet sich nun in der nicht sehr angenehmen Lage, daß es überflüssig gemacht ist. Das wäre an sich nicht schlimm. Bedenklich ist aber, daß es überflüssig wurde mit Hilfe von kleinen und neutralen Staaten, die an sich durchaus mit dem deutschen Volke sympathisieren und die deutsche Forderung einer beschleunigten Abrüstung unterstützen, die aber den Zeitpunkt für die Einberufung der Abrüstungskonferenz für verrückt halten. Diese Ländervertreter sagten sich: Viel schlimmer als eine neue Hinausschiebung wäre die Einberufung einer Konferenz, die infolge der noch laufenden großen Gegensätze zum Scheitern verurteilt wäre. Die Mehrheit sieht sich jetzt nachschauen, was es mit dem Völkerverständigungsüberhaupt ist. Das wäre ein weiteres Jahr Wartzeit nicht so sehr an. Wenn aber die endlich zusammengetriebene Konferenz ausfällt, dann wäre das für den Völkerverständigungsüberhaupt und sogar für den Völkerverständigungsüberhaupt eine Katastrophe, deren lokale Folgen neuer Rüstungsmaßnahmen und neuer Völkerverständigungsüberhaupten sind.

Man mag diesen vorläufigen Standpunkt zustimmen oder nicht, letzten Endes bleibt die Tatsache bestehen, daß sich Deutschland in eine eigenartige Situation selbst hineinmanövriert hat. Es hat die Initiative bei der zweiten Lesung des Abrüstungsentwurfes verloren es hat den russischen Plan einer sofortigen Beilegung der Abrüstungsfrage demontiert, unterließ es, die russische Forderung der Beilegung der Abrüstungsfrage in der gegenwärtigen Zeit keine Aussicht auf Annahme besteht, nur agitativer Zweck diente und daher praktisch wertlos war. Dieses ganze Zusammengehen Deutschlands mit der Sowjetregierung hat starkes Befremden in Frankreich, England und vielen neutralen Staaten hervorgerufen. Ob mit der Taktik des Grafen Bernstorff dem deutschen Volk ein praktischer Dienst geleistet wurde, muß daher bezweifelt werden.

Brikettpreise und Bergarbeiterlöhne.

Das Ergebnis der Schmalbach-Untersuchungskommission.

Schon seit Monaten liegt dem Reichswirtschaftsministerium das Gutachten der Schmalbachkommission vor, in dem die Preisverhältnisse in der Braunkohlenindustrie und im Braunkohlenhandel untersucht worden sind.

Die Vorgehensweise dieser Schmalbach-Untersuchung ist noch in bester Erinnerung. Am Herbst vorigen Jahres fand durch die Spindelfabrik wiederholt Anträge auf Erhöhung des Brikettpreises gestellt worden, die jedoch durch das Stottern des Reichswirtschaftsministeriums immer wieder der Ablehnung anheimfielen. Die Braunkohlewerte verminderten dann,

im Lohnkampf die Preisverhöhung zu erzwingen.

Sie machten die Aufbesserung der Lohnsätze der Braunkohlenarbeiter, die sie selbst als unbedingt notwendig anerkannten, von der Erhöhung des Brikettpreises abhängig. In einem wohl einzigen Propagandabestrebungen behaupteten sie, daß Lohnverhöhungen ohne Preisverhöhungen für den Braunkohlenbergbau untragbar seien und

entfielen damit den großen mitteldeutschen Streit

der schließlich durch die 1prozentigen Erhöhung der Schichtlöhne seinen Abschluss fand.

Die Ergebnisse des Gutachtens laufen auf eine

vollkommene Wiedergeburt der Angaben der Syndikate

sowie auf eine vernichtende Kritik ihrer Syndikats- und Abgaborganisation hinaus. In ausgedehnten klaren Ausführungen wird zunächst nachgewiesen, daß durch die verschleierte Abgaborganisation des Brikettvertriebes im Großhandel unnötig verteuerte Zusatzglieder eingeschoben wurden. Das Gutachten schließt allein die Erprobungsmöglichkeiten durch rationaleren Aufbau im Großhandel auf 34-36 Pfennig pro Tonne. Das sind allein zirka zwei Drittel der durch die Lohnverhöhung eingetretene Mehrbelastung. Erfolgreiche Verbilligungsmöglichkeiten werden auch für den Absatz des Kleinhandels aufgezeigt, dessen Verkaufszufuhre in vielen Großstädten den in die Gruben bezahlten Erlös fast völlig erreichen, teilweise sogar überschreiten. In diesem Zeit der Unternehmung wird insbesondere auf die bedeutenden Preisunterstützungen bei der Lieferung durch genossenschaftliche und städtische Verteilungsgesellschaften dem tarifierten Kleinhandel hingewiesen.

Es wird femerhin nachgewiesen, daß die Braunkohlenindustrie ihre organisatorischen und gemeinschaftlichen Aufgaben in ihrem bisherigen Aufbau nicht zu erfüllen imstande sind. Die soie

Organisationsform der Braunkohlenindustrie, die völlig unter dem Einfluß der Großhändlerkartelle stehen, macht jede planmäßige Produktion unmöglich. Die Kartelle sind nicht nur für die Produktion, sondern auch für den Absatz schädlich. Die Kartelle sind nicht nur für die Produktion, sondern auch für den Absatz schädlich. Die Kartelle sind nicht nur für die Produktion, sondern auch für den Absatz schädlich.



Das Gutachten enthält auch eine Reihe von Empfehlungen für die Verbesserung der Braunkohlenindustrie. Diese Empfehlungen betreffen insbesondere die Rationalisierung der Produktion, die Verbesserung der Absatzbedingungen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohlenindustrie.